

**Redebeitrag zum Landkreishaushalt in der Kreistagsitzung vom**  
**21.12.2020**  
**Freie Wähler Kreistagsfraktion**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,

als Fraktionssprecher der Kreistagsfraktion der Freien Wähler darf ich die Stellungnahme unserer Fraktion zum Landkreishaushalt 2021 abgeben.

Mit den Kommunalwahlen am 15. März 2020 begann für uns alle ein schwieriges Jahr mit Herausforderungen, wie wir diese seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr hatten. Auch in unserer politischen Arbeit, für viele ab dem 01. Mai mit Amtsantritt, begannen Zeiten, welche uns bis heute und sicher auch im nächsten Jahr gewaltig fordern werden.

In wenigen Tagen werden wir ein schwieriges Jahr abschließen und zeitgleich in ein sicher nicht weniger schwieriges Jahr starten.

Heute geht es darum, dass wir in diesem Gremium, Kreistag des Landkreises Kelheim, den Landkreishaushalt 2021 beraten und beschließen.

Der Haushalt wurde in den vergangenen Monaten von Kreiskämmerer, Herrn Schmidbauer, erstellt und im Vorfeld den Kreistagsfraktionen, dem Kreisausschuss und den Bürgermeistern ausführlich vorgetragen und mit diesen auch beraten. In der Bürgermeisterrunde wurde das Thema Landkreishaushalt zweimal intensiv beraten. Aus diesem Grund ist heute auch davon auszugehen, dass der uns vorliegende Haushaltsplan ausführlich und intensiv in den Gremien der Parteien und Gruppierungen beraten wurde und Fragen, Anregungen bzw. Ergänzungen im Vorfeld mit der Kreiskämmerei abgeklärt werden konnten.

So erfreulich das laufende Haushaltsjahr 2020 verlaufen ist, umso schwieriger wird es im Jahr 2021 und den darauffolgenden Jahren werden. Bei der ersten Vorbesprechung des Landkreishaushalts am 26.10.2020 im Rahmen einer Kreisausschusssitzung sah die Planung für 2021 noch sehr positiv aus. Das änderte sich aber dann, nachdem die Defizitzahlen der beiden Krankenhäuser bekannt wurden.

So haben wir einen prognostizierten Schuldenstand des Landkreises von knapp 15 Mio. € zum Jahresende 2021. Zum prognostizierten Schuldenstand von knapp 11 Mio. € zum 31.12.2020 ergibt das einen Anstieg in 2021 um 4 Mio. €. Dem steht eine Rücklage von prognostizierten 10,5 Mio. € am 31.12.2020 gegenüber. Durch eine notwendige Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 8,4 Mio. € in 2021 wird der Landkreis am Jahresende 2021 einen geplanten Rücklagenstand von 2 Mio. € haben. Zusammengefasst ergibt sich in 2021 ein wirtschaftliches

Minus von rund 12,4 Mio €. Dieses Ergebnis ist unterschiedlichen Gründen zuzuschreiben. Insbesondere schlagen hier auch Baumaßnahmen des Landkreises (Straßensanierung, Sanierung Goldbergklinik, Neubau und Sanierung Berufliches Schulzentrum) und Defizitausgleiche der Kliniken zu Buche. Hier ins Detail zu gehen, würde den Rahmen der Haushaltsberatungen sprengen. Durch die stark steigende Verschuldung der Klinik-GmbH's mit einem prognostizierten Schuldenstand von Goldbergklinik mit 31,57 Mio. € und Ilmtalklinik GmbH mit 2,57 Mio. € (KH Mainburg) ergibt sich zum Jahresende eine Netto-Neuverschuldung des Landkreises von knapp 49 Mio. €. Das ist natürlich eine alarmierende Entwicklung, welche man genau betrachten und beobachten muss.

Einen wesentlichen Anteil an den Einnahmen des Landkreises hat die Erhebung der Kreisumlage, welche die Gemeinden mit ca. 63 Mio. € bei einem Hebesatz von 42 % Kreisumlage (2020: 43,5 %) bezahlen. Dem entgegen steht natürlich die hohe Ausgabe der Bezirksumlage in Höhe von 30,3 Mio. €. Der Umlagesatz des Bezirks bleibt mit 20 % im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Entsprechend des Haushaltsplanes 2021 bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 147,3 Mio € ergibt sich im Verwaltungshaushalt rechnerisch lediglich ein Plus von 47.400 € (Vergleich zum Vorjahr: + 3.788.900 €). Im Vermögenshaushalt stehen Einnahmen in Höhe von 5,3 Mio. € Ausgaben in Höhe von 19,5 Mio. € gegenüber, was einer Differenz von - 14,2 Mio. € entspricht. Es wird eine Rücklagenentnahme von 8,1 Mio. € und eine Kreditaufnahme von 6 Mio. zum Ausgleich von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt notwendig.

Zu erwähnen ist, dass im Verwaltungshaushalt bei einem Hebesatz von 42 % Kreisumlage für den Landkreis trotz Senkung des Hebesatzes eine Mehreinnahme von 3,7 Mio. € zu Buche schlägt, welche die Mehrausgaben in Höhe von 8,7 Mio. € aber nicht abdecken können. Um diese Mehrausgaben abdecken zu können, wäre ein Hebesatz von 44,25 % notwendig gewesen, was bedeutet, dass die Gemeinden das Defizit des Landkreises zu 100 % ausgeglichen hätten.

In Zahlen: Bei einer Kreisumlage in Höhe von 44,25 % hätte der Landkreis anstatt 3,7 Mio. € (Hebesatz 42 %) eine Mehreinnahme von 7.075.000 € erhalten. Also 3.375.000 € mehr als beim jetzigen Haushaltsentwurf. Bei gleichbleibendem Hebesatz von 43,5 % wäre die Mehreinnahme des Landkreises bei 5.950.000 € gewesen. Diese Differenzbeträge wären voll auf Kosten der Gemeinden gegangen.

Die 8,7 Mio. € Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt müssen genau durchleuchtet werden und es ist zu prüfen, ob, und wenn ja, wo Einsparungen möglich sind. Wobei uns bewusst ist, dass bei der Bezirksumlage (+ 2,7 Mio. €), der Krankenhausumlage (+ 3,1 Mio. €), Personalausgaben (+ 811.000 €) Verbandsumlagen (+ 658.000 €) wenig Einsparpotential gegeben ist. Die Ausgaben in Höhe von 3,8 Mio. € bei Investitionen sollten durchleuchtet werden. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass sich im Bereich Personal aus unserer Sicht wenig Einsparungspotential ergibt, da in vielen Bereichen eh schon am Limit gearbeitet wird. Uns ist auch bewusst, dass in den nächsten Haushaltsjahren mit einem Anstieg der Kreisumlage zur Finanzierung des Kreishaushaltes zu rechnen ist. So wie sich der Kreistag in der Vergangenheit gegen eine Anhebung der Kreisumlage nicht verweigert hat, wenn es notwendig war, so werden die Freien Wähler ebenfalls erforderliche Anhebungen der Kreisumlage in den nächsten Jahren zur Finanzierung des Kreishaushaltes mittragen.

Neben meiner Funktion als Fraktionssprecher darf ich an dieser Stelle aber auch als Bürgermeister festhalten, dass das in der Bürgermeisterrunde angekommen ist und den Bürgermeistern auch bewusst ist.

Die Bürgermeisterrunde fordert in diesem Jahr nochmals eine Senkung um 1,5 %, da die Mehreinnahme des Landkreises in Höhe von rund 6 Mio., was vier Punkten Hebesatz entspricht, auch zum Teil auf die Gemeinden durch einen niedrigeren Hebesatz umgelegt werden sollte. Die Gemeinden haben auch in den vergangenen Jahren, als der Landratsamtsneubau anstand, durch höhere Hebesätze (2015 bei 50 %) Ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich der Landkreis seit 2007 kontinuierlich entschulden konnte. Bei einem Gesamtschuldenstand 2005 in Höhe von 33,7 Mio. € (Landkreis 25,8 Mio. € und Krankenhäuser, damals noch als Eigenbetriebe mit 7,9 Mio €) konnten die Schulden kontinuierlich auf den aktuellen Schuldenstand von 11 Mio. € Landkreis und 13,9 Mio. Krankenhaus-GmbH's, gesamt 24,8 Mio. €, abgebaut werden. Uns ist bewusst, dass die beiden Kliniken im Landkreis, Goldberg- und Ilmtalklinik, in den nächsten Jahren die Schulden nach oben treiben werden. Das zum einen, dass, auch durch die Bundespolitik verursacht, die Kliniken im Betrieb immer mehr ins Minus rutschen weil der Bund nicht die notwendigen Zuschüsse erteilt, zum anderen aber auch durch die massiven Neubau- und Sanierungsmaßnahmen, welche in den nächsten Jahren anstehen.

Diese Beschlüsse zur Sanierung und teilweisen Neubauten der Kliniken wurden in der Vergangenheit vom Kreistag gefasst und wir müssen doch auch so offen sein und dazu stehen, dass es dem Gremium Kreistag bekannt war, als man die Beschlüsse zur Sanierung der Kliniken (Goldbergklinik ca. 52 Mio € und KH Mainburg ca. 54 Mio. €) mit teilweisem Neubau fasste, dass die Umsetzung dieser Beschlüsse dem Landkreis viel Geld kosten werden. Gleiches gilt für das berufliche Schulzentrum mit einem Kostenvolumen von rund 34 Mio. € für Umbau und Sanierung in den nächsten Jahren und einem Neubau der kreiseigenen Lehrschwimmhalle in Mainburg. Wir stehen zu diesen Beschlüssen und betonen, dass die bereits beschlossenen Sanierungsmaßnahmen bzw. Neubauten hinsichtlich Kliniken in Kelheim und Mainburg, berufliches Schulzentrum und auch Lehrschwimmhalle in Mainburg weiter verfolgt und auch umgesetzt werden sollen. Wir werden das gemeinsam zu schultern haben, auch unter Mithilfe der Gemeinden, denn auch für die Gemeindebürger sind wir verantwortlich, dass Kliniken, Berufsschulzentrum und auch Hallenbäder im Landkreis weiterhin vorhanden sein sollen. Wenn wir hier zögern und Schulden fürchten werden wir das in der Zukunft bereuen und ins Hintertreffen geraten und wer muss dann darunter leiden? Unsere Landkreisbürger, denn wir müssen uns einsetzen, dass diese auch in Zukunft hervorragend ärztlich versorgt werden und dass im Bereich Ausbildung weiterhin alle Möglichkeiten angeboten werden. Unsere Vorgänger hatten auch keine Angst große Projekte wie Gymnasium Kelheim und Mainburg, Realschulen in Riedenburg, Abensberg und Mainburg, berufliches Schulzentrum, Landratsamtneubau oder auch den Bau des Hafens zu beschließen. Auch das ging nicht ohne Schulden, mit dem einen Unterschied, dass man damals mehr Zinsen für Darlehen bezahlen musste. Heute sind wir um alle diese Einrichtungen froh und der Landkreis steht als moderner und starker Landkreis da.

Wir werden uns auch in nächster Zeit intensiv bei unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten dafür einsetzen müssen, dass Zuschüsse und finanzielle Unterstützung bei Krankenhäusern, Schulen sprich Bildung und Straßensanierungen nicht gestrichen oder reduziert werden, sondern hier brauchen wir insbesondere auf dem Land weiterhin eine

starke finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes. Gerade jetzt ist zu sehen, wie wichtig Krankenhäuser nicht nur in Ballungszentren sondern auch auf dem Land sind. Ich bitte hier alle Fraktionen dieses ihren Abgeordneten mit Nachdruck näher zu bringen. Eine Streichung des Bettenzuschusses für Betten, die für Coronapatienten freigehalten werden, durch den Bund, und das nur bei kleineren Krankenhäusern, geht garnicht!

Aber auch der Bezirkstag ist gefordert, dass er die entsprechenden Abgeordneten anhält sich dafür einzusetzen, dass die staatlichen Fördermittel für die Aufgaben der nächsten Jahre von Bund und Ländern bereitgestellt bzw. erhöht werden. Uns ist bekannt, dass der Bezirk ebenfalls immer mit mehr Aufgaben in den nächsten Jahren betraut sein wird. Bei besserer staatlicher Förderung müsste der Bezirk nicht die Erhebungen von den Landkreisen nach oben schrauben.

Zur Konsolidierung des Haushaltes 2022 und der nächsten Jahre beantragte unsere Fraktion bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2021 die Fraktionen zusammensitzen und Einsparungsvorschläge erarbeiten. Diese sollen dann eingebracht werden und fraktionsübergreifend im Rahmen einer Fraktionsführerbesprechung vorgetragen und besprochen werden. Wir werden nicht umhinkommen im Bereich der freiwilligen Leistungen (Anstieg von 2020 mit 1,1 Mio. € auf 2,2 Mio. € im Jahr 2021) des Landkreises Einsparungen vorzunehmen aber auch in Bereichen wie Straßensanierungen, Baumaßnahmen oder im Mobilitätsbereich genau zu prüfen, welche Maßnahmen **unbedingt** notwendig sind, welche **geschoben** oder **aufgehoben** werden können. Dieses Jahr hat uns gezeigt, dass es nicht immer kontinuierlich nach oben gehen kann und die nächsten Jahren werden uns zeigen, dass wir so manche Wunschvorstellungen und nicht unbedingt notwendigen Maßnahmen einstellen bzw. sein lassen müssen.

Ich bin mir sicher, dass wir das gemeinsam auch bewältigen können. Aus diesem Grund wird die Fraktion der Freien Wähler mehrheitlich dem vorliegenden Haushalt zustimmen. Ich danke Herrn Kämmerer Schmidbauer für die Erstellung des Haushalts und für die ausführliche, offene und ehrliche Information bei den Vorgesprächen zum Haushalt 2021.

An dieser Stelle darf ich im Namen der FW-Kreistagsfraktion allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistages sowie der Verwaltung mit Herrn Landrat Martin Neumeyer gesegnete Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr 2021 wünschen, auf welches wir alle mit Zuversicht zugehen sollten.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Nerb  
Fraktionssprecher der Kreistagsfraktion der Freien Wähler

Kreisverband der  
Freien Wähler im  
Landkreis Kelheim e. V.  
Geschäftsstelle  
Bankverbindung

Christian Nerb  
Ahornstraße 3a  
93342 Saal/Donau  
93343 Essing  
Kreissparkasse Kelheim

Telefon: 09441-68111  
E-Mail: cc-nerb@t-online.de  
Homepage: [www.fw-kelheim.de](http://www.fw-kelheim.de)  
Telefon: 09447-278  
IBAN:DE22750515650240609990